

IHR SEHT DOCH
HOFFENTLICH
ROT, ODER?

DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

SS 1980; Nr.1
Anf. März

DIESE ZEITEN ...

... werden immer schlimmer. Die Amis rüsten auf wie die Verrückten, in Spanien haben vergangene Woche die Rechten einen Putsch versucht, zwischen Irak und Iran ist noch immer Krieg, usw. In der BRD sind 10.000 atomare Sprngköpfe stationiert; letzte Woche veröffentlichte der STERN die Standorte von 188 Atomwaffen= Stützpunkten der NATO in der BRD: jeder Deutsche lebt maximal 47 km von einem Atomstützpunkt entfernt ...

Österreich dagegen geht ins Kino: Hoffentlich wenigstens zur Woche des ANTI-KRIEGSFILMS, veranstaltet von der Aktion "Frauen für den Frieden" (Programm am Plakat vor dem HS 28).

Und am 6.März gibt's eine Neutronenbomben-Demonstration am Stock-im-Eisen-Platz. Dort treffen wir uns sicher ...

IMPRESSUM: Eigentümer, Verleger, Vervielfältiger, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich i.S.d.PG: Christine Goldberg, Spittelbreitengasse 30/21.

INITIATIVE VON STUDENTEN ERWÜNSCHT !!!!!!!!!!!!!!!

Seit Jahren träumen so manche Studenten davon, die Zersplitterung des Studiums in unzusammenhängende, ein Semester lange Seminare aufzuheben, sowie nach eigenen Interessen zu studieren und zu arbeiten. Eine der Formen in denen dies annähernd möglich sein sollte, wäre ein Projektstudium.

Mit der SOWI-Reform gingen die Hoffnungen, die Möglichkeit von Projektstudien zu institutionalisieren, in die Brüche. Im Gegensatz zu den Forderungen der Studenten wiesen die bisherigen Vorschläge des Ministeriums zur SOWI-Reform auf eine starke Verschulung hin.

Doch nun hat sich eine neue Möglichkeit für die Durchführung von Projekten ergeben. Prof. Streissler, als Vorsitzender der zweiten Diplomprüfungskommission, ließ uns wissen, daß er der Studienform des Projekts durchaus positiv gegenüberstehe. Er sei - so Prof. Streissler, ebenso wie sicherlich auch die anderen Diplomprüfer - bereit, Projekte, die von einer Gruppe von Studenten vorgeschlagen werden, zu betreuen.

Dabei sollten die Themenvorschläge durchaus von den Studenten kommen. Ein derartiges Projekt könnte dann - nach Maßgabe von Umfang und Inhalt des Projekts - als Ersatz für einen oder mehrere Seminar- bzw. Proseminarscheine angerechnet werden. Auch soll es möglich sein, Diplomarbeiten in Gruppenarbeit als Projekt zu erarbeiten.

Gesichert muß nur einerseits sein, daß Inhalt und Umfang des Projekts den Anforderungen des Studienplans entsprechen (das muß vorher mit dem jeweiligen Betreuer ausgehandelt und von der Prüfungskommission gebilligt werden), und daß andererseits kein "free-rider-problem" auftritt. Die Absicherung dagegen, daß manche nichts zum Projekt beitragen, außer dem Namen am Titelblatt, kann z.B. dadurch vor sich gehen, daß sich die Projektgruppe zu mehr oder weniger regelmäßigen Arbeitskreisen mit ihrem Betreuer trifft, wo man dann über die wichtigsten bisher erarbeiteten Thesen diskutiert, sodaß sich der Betreuer ein Bild machen kann, ob auch alle Projektgruppenmitglieder mitgearbeitet haben.

Sollte es Studenten geben, die zwar fasziniert von der Idee des Projekts studiums sind, aber nicht wissen, worüber sie schreiben sollen, dann sollten sich diese vertrauensvoll an die RBKler oder die FV wenden. Letztere verfügen nicht nur über eine sprühende Phantasie, sondern sind ev.auch imstande Verbindungen zu Institutionen zu knüpfen, welche für die Behandlung bestimmter Themen sogar was zahlen...

"BILDUNG DARF KEIN FREIES GUT SEIN !"
oder: Was sich so mancher hinter verschlossenen
Türen so alles sagen traut.

Die letzten Jahre an dieser Fakultät haben ein verstärktes Bewußtsein für die Probleme der Didaktik geschaffen. Die Effekte dieses Problem=bewußtseins lassen zwar allerorten auf sich warten, aber so mancher Lehrende ist wenigstens bemüht.

Im Zuge diverser, wenn auch kleiner Versuche stellte sich z.B. heraus, daß es vorteilhaft ist, wenn Vortragende in ihren Lehrveranstaltungen Unterlagen verteilen. Solches hat z.B. den Vorteil, daß dadurch diverse Stellen eines Vortrags illustriert werden können, daß anhand konkreter Texte das eine oder andere Problem diskutiert werden kann, daß man im Laufe des Semesters einen schriftlichen "roten (oder schwarzen) Faden" bekommt, dem man seine eigenen Mitschriften zuordnen kann, oder daß man ganz einfach ein Zettelchen hat, auf dem die diversen mathematischen Symbole zusammengefaßt sind, sodaß man sich bei Gedächtnislücken schnell orientieren kann.

Eine weitere geniale Erfindung ist die Produktion von ausführlichen Seminarunterlagen, die nicht nur Thesen, sondern auch Diskussions=fragen, wichtige Zitate, Daten oder wichtige Literaturhinweise enthalten. Das Geniale daran ist weniger das Papier, als die Tatsache, daß dieses in letzter Zeit weniger als Staubfänger in professoralen Regalen konzipiert wird, sondern immer mehr als Arbeitsunterlage für die studentischen Kollegen. Insgesamt ein paar gute, wenn auch winzigkleine Schritte.

Jedoch gibt's damit ein neues Problem. Während studentische Arbeitskraft an dieser Uni als freies Gut zu gelten scheint, welches sich scheinbar beliebig vermehren läßt, kann jeder Student ein Lied davon singen, daß die Schillinge in seinem Portfolio ein knappes Gut darstellen. Papier, auf dem sich mehr oder weniger anschauliche Zeichen finden, und das derart veredelt als Informationsträger gilt, ist ebenfalls ein knappes Gut, welches sich - wie jeder weiß, auch wenn er sonst nichts weiß - gegen die erwähnten Schillinge austauscht. Dadurch nun sackt die studentische Budgetlinie wieder ein wenig gegen den Nullpunkt. So weit, so kapitalistisch.

Wenn nun Studenten genial sein können, so kann es ihre Vertretung manchmal auch. Daher haben wir uns gedacht, wir könnten unseren erlauchten Professoren und Assistenten vorschlagen, daß pro Semester

ein gewisser Betrag von jenen - immer noch knappen - Schillingen aus dem Institutsbudget für die Produktion der oben beschriebenen Lehrveranstaltungsunterlagen zur Verfügung stehen sollte. Da der Vorschlag auf leichte Verwirrung stieß (keiner wußte so recht, wie das mit dem Budget usw...), wurde zum Behufe der Prüfung des Antrags eine Kommission eingesetzt. So weit, so sozialpartnerschaftlich.

In der Kommission ging's dann weniger partnerschaftlich und schon gar nicht sozial zu. Assistent Rosner - ehemals angeblich ein Linker - stellte sich auf den Standpunkt, daß alles seinen Preis haben müsse. Früher habe er ja auch die SP-Bildungspolitik unterstützt, die Bildung für alle zugänglich machen wollte, aber heute sei diese - so Rosner - gescheitert. Bildung dürfe kein freies Gut sein, meinte Rosner, und überhaupt würde es nur die Verschwendung fördern, wenn Seminarunterlagen kostenlos produziert werden könnten; (daß es vielleicht auch der Didaktik förderlich sein könnte, fällt ihm natürlich nicht ein.).

Derzeit zahlen wir Studenten einen Schilling pro Kopie am Institut, also um 30 Groschen mehr als die Durchschnittskosten. Wer verschwendet wohl den derart entstehenden Profit ?? Aber in einem Ökonomenhirn muß es immer einen Preis geben - und damit wohl immer einen, der profitiert - und der Preis für Rosners Ökonomenhirn ist wohl, daß Studenten für bessere Didaktik auch besser blechen sollen. Dabei handelt es sich bei den fraglichen Kosten um - im Vergleich zum Institutsbudget - lächerlich geringe Beträge: Bei einer vollen Vorlesung (etwa 40 Hörer) und bei Verteilung von zwei oder mehr Kopien pro Stunde - was nach einem Semester schon fast ein winzigkleines Skriptum wäre - würden die Kosten maximal 1000 Schilling betragen. Rosner meint, dies könne den Studenten ohne weiteres angelastet werden, denn Studenten seien ja alles Reiche. Der einzige Reiche ist aber in Wahrheit wohl Rosner selber; ein Assistentenposten gehört zu den durchaus gut bezahlten Akademikerjobs. In einem Ökonomenhirn, wie dem Rosnerschen, aber funktioniert alles nach der bekannten Logik: Die Bestverdiener zahlen nix und die Schlechtverdiener zahlen alles und subventionieren erstere.

Andererseits sollten wir uns von Rosners Ökonomenhirn nicht daran hindern lassen, weiterhin dafür zu sorgen, daß Bildung ein freies Gut wird und nicht Privilegierten, wie Rosner, vorbehalten bleibt.

DIDAKTIK - EIN STUDIENFACH, das keiner will...

Wie wir Studenten aufgrund eigener schmerzlicher Erfahrung wissen, glauben Professoren meistens, daß sie schon alleine deshalb, weil sie Professoren sind, auch in der Lage sind, zu unterrichten. Mit unerschütterlichem Selbstvertrauen gehen sie wissenschaftliche Vorstellungen, die so manchem Kabarettisten zu Ehren gereichen würde. Von Didaktik haben sie wohl schon gehört, sie dürften sich allerdings so etwas wie eine überflüssige Geheimwissenschaft darunter vorstellen:

Aber das soll uns nicht daran hindern, uns mit Fragen der Hochschuldidaktik auseinanderzusetzen.

Ende Mai (28.-31.) findet in Jagenfurt ein Symposium zu Alternativen der Sozialwissenschaft in Österreich statt.

Einer der dort vorgesehenen Arbeitskreise wird sich mit "reflexiver Hochschuldidaktik" befassen.

Frank Poos, ein ÖH-Mensch, hat die Organisation dieses AK übernommen. Er lädt alle Interessenten für Montag, den 2.3. (Nachtsteinstr.13)

um 14h zu einem ersten Gespräch. (Adr.: Liechtensteinstr. 15)
Wer es zu diesem Termin nicht schafft, kann ihn ja anrufen,
er wird sicherlich froh sein, wenn einige Ökonomen mitmachen.

Tel: 24 65 18

[illegible]

ALLES GUTE KOMMT VON AUßEN
TE

ALLES ^{GUTE} ~~TE~~ KOMMT VON AUßEN
doch: nicht alles, was von außen kommt, ist gut

Wie jedes Semester gibt's auch diesmal an unserer Fakultät einige Gäste. Neben Prof. STURMTHAL aus Illinois, auf dessen Ausführungen zur Gewerkschaftsbewegung in den USA und zur Geschichte der Europäischen Arbeiterbewegung wir schon gespannt warten, und Prof. FELDSTEIN

Von der Harvard-Universität, auf den Professoren und Assistenten gespannter sind als wir – angeblich sind wir dort als schweigende Kulisse gedacht – um die Wiener Universität vor Feldstein nicht zu blamieren(!) – na, wir werden ja sehen!

Sicher interessant wird der Gastvortrag von Prof. Hickel, der von der wohl besten Universität Europas, von Bremen, zu unserer, wohl besten Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät dieser UNI kommt. Den studentischen Greenhorns dürfte HICKEL vor allem bekannt sein als Herausgeber und Einleiter von diversen interessanten Büchern, wie "Krise des Steuerstaates", "Vom Gelde"... Weniger grüne Studenten versichern uns jedoch, daß Prof HICKEL auch sonst sehr Interessantes von sich zu geben pflegt.

Bei uns gibt er am

Dienstag, den 10. März

von 12 – 14 UHR

im HS 24

sicherlich Interessantes

"ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE DES STAATES" von sich.

Ein vielversprechender Titel an einer Fakultät, wo der Staat, wenn überhaupt, als von der Wirtschaft unberührter Allgemeinwohlrepräsentant behandelt wird!

letzte
W A R N U N G Unser Agent THCo7 kann über wesentliche Fortschritte bei der Unterwanderung des Sowi-Forums berichten. Es gelang ihm bereits linksradikale Forderungen (Leistungsanforderung nur nach individuellen Fähigkeiten, freie Entfaltung für jeden) in das Forum-Programm einzubringen. Seinem letzten Brief zufolge sieht er im Sowi-Forum den Keim einer neuen radikal-marxistischen Bewegung. In ihre letzte Broschüre brachte er seine Ideen "Wir wollen Schluß mit oben und unten machen" (S 3) ein. THCo7 rechnet damit, daß das Forum die Fachschaft von Matratzen befreien wird um Platz für Schulungslager (+Bibliothek) zu schaffen. Trotzdem warnen wir vor seiner Politik. "Mit der Forderung nach neutraler Studienberatung kann es gelingen selbst a-politische Vulgär-Öko-Gnomen wie's davon hier recht viele gibt, zu radikal politischen Aktionen zu motivieren", schreibt THCo7.

Es scheint uns notwendig, uns von dieser Taktik zu distanzieren. Wir sind links, und jeder der mit uns redet weiß das.

Wozu sollten wir mit der Tarnkappe der "politischen Mitte" die Leute mit unserer Ideologie einreiben?

Fortsetzung des Palestina-Artikels

In der Rede des Religionsministers Jehoda Memun am 8. August 1951 vor der in Jerusalem tagenden Kirn-Kemet-Konferenz im Namen der israelischen Regierung hieß es: "Der Kirn-Kemet-Organisation stehen noch große Anstrengungen bevor. Sie hat nämlich Israel, dessen Grenzen vom Euphrat bis zum Nil verlaufen, zu dienen." ³⁹⁾

Am 10. Juli 1951 veröffentlichte die "Jerusalem Post" einen an Ben Gurion gerichteten Brief. Dort heißt es: "Wir werden den Hafen vom Eilat bauen und die Freiheit der Schifffahrt zum Indischen Ozean mit Hilfe der israelischen Marine und der Waffengewalt der Armee und Luftwaffe garantieren." ⁴⁰⁾

Auf einer Tagung seiner Partei im Jahre 1952 erklärte Ben Gurion: "Alle sollen begreifen, daß Israel durch einen Krieg gegründet wurde und daß es sich bislang mit seinen Grenzen noch nicht zufrieden gegeben hat. Der israelische Staat wird sich vom Nil bis zum Euphrat erstrecken." ⁴¹⁾

Im Jahrbuch Israels von 1952 ist zu lesen, Ben Gurion habe erklärt, ⁴²⁾
"... der Staat Israel ist auf einem Teil Palästinas entstanden".

Der israelische Außenminister Aba Eban ließ im Juli 1965 verlauten, es wäre nicht absurd, anzunehmen, "daß die arabischen Führer in Zukunft genauso dringend die Rückkehr zu den Grenzen von 1966 oder 1967 fordern werden, wie sie dies jetzt im Hinblick auf die Grenzen von 1947 tun, die sie in der Vergangenheit ablehnten". ⁴³⁾

Allen hier wiedergegebenen Äußerungen liegen eindeutige Expansions- und Aggressionsabsichten zugrunde, so auch der Rede Ben Gurions vom 2. November 1955 im Knesseth, wo er die Notwendigkeit der freien Schifffahrt im Roten Meer durch die Eroberung der Enge von Tiran betont; diesbezüglich schrieb Moshe Dayan in einem am 25. Dezember 1955 an die israelische Regierung gerichteten Brief: "Israel soll sich so bald wie möglich, in Monatsfrist, der Enge von Tiran bemächtigen." ⁴⁴⁾

Als am 26. Juli 1956 Präsident Gamal Abdel Nasser die Nationalisierung des Suez-Kanals verkündete und damit den Unwillen Englands und Frankreichs erregte, beschlossen diese im Verein mit Israel, Ägypten durch einen militärischen Überfall unter Druck zu setzen.

In seinem "Tagebuch des Sinai-Krieges" schrieb Moshe Dayan am 25. Oktober 1956: "Der israelische Premier- und Kriegsminister gab sein

prinzipielles Einverständnis mit der Sinai-Kampagne und ihren Zielen. Am Abend des 29. Oktober 1956 werden unsere Truppen zum Angriff übergehen. Sie sollen die Okkupation der Halbinsel Sinai innerhalb von 7 bis 10 Tagen abgeschlossen haben."⁴⁵⁾

Am 29. Oktober 1956 fiel Israel in Ägypten ein und gab somit das Signal zum Beginn der Suez-Aggression, an der sich auch Frankreich und England beteiligten. Den Kriegen 1956 und 1967 lag dasselbe Hauptmotiv wie 1948 zugrunde: Die Realisierung der zionistischen Expansion in Palästina durch die Besetzung arabischer Gebiete und die Vertreibung ihrer Bewohner betraf in den beiden letzten Kriegen Jordanien, Syrien und Ägypten. Bereits im Jahre 1966 begannen aggressive israelische und amerikanische Kreise mit den Verbreitungen der Juni-Aggression von 1967. Die USA ließen Israel umfangreiche Waffenlieferungen zukommen, darunter modernste Patton-Panzer und Hawk-Raketen. Ende 1966 verkündete der israelische Premierminister die Erhöhung der Wehrdienstpflicht von 26 auf 30 Monate für die wehrpflichtige männliche Bevölkerung, und das Militärbudget wurde von 271 Millionen Dollar im Haushaltsjahr 1965/66 auf 447 Millionen Dollar im folgenden Jahr erhöht. Einige Tage vor Beginn der Aggression im Juni 1967 bildete Ministerpräsident Eshkol eine Koalitionsregierung, der die Kriegsverbrecher Menachem Begin und Moshe Dayan angehörten.

Am Morgen des 5. Juni 1967 startete Israel seine Aggression gegen die arabischen Länder unter dem Vorwand eines Präventivkrieges zum Schutze der Juden und zur Wahrung des Friedens. Moshe Dayan beteuerte am selben Tag im israelischen Rundfunk: "Wir haben keine Eroberungs- und Unterwerfungsorganisation. Unser Ziel ist es, den Versuch der arabischen Staaten, in unser Land einzufallen, zu vereiteln und den aggressiven Belagerungsring, der um uns errichtet worden ist, zu zerbrechen und zu vernichten."⁴⁶⁾

Unmittelbar nach der Aggression, am 16. Juni 1967, erklärte Abar Eban: "Auch dann, wenn die UNO mit 121 gegen 1 gegen uns stimmen würde, werden wir uns nicht aus den besetzten Gebieten zurückziehen."⁴⁷⁾

Nunmehr gaben die israelischen Politiker ihre Behauptung, einen Präventivkrieg zum Schutze der Juden geführt zu haben, auf und vertraten vor der UNO und auf allen internationalen Foren offen expansionistische Absichten. Die Führer Israels und alle israelischen Parteien, ausgenommen die Jüdisch-Arabische Kommunistische Partei,

lehnten die Rückkehr zu den Grenzen von 1948 entschieden ab und unterstrichen die Notwendigkeit, die "befreiten Teile" der jüdischen Heimat", die "einbezogenen Teile des geschichtlichen Israels" zu behalten. Die Forderung des Zionismus, ein Groß-Israel zu errichten, begann in aufeinander aufbauenden Etappen der Gründung Israels in einem Teil Palästinas. Seit seiner Entstehung arbeitet dieser Staat an der Ausdehnung seiner Grenzen, gemäß den Plänen des Zionismus.

Die von der UNO angenommene Teilungsresolution stieß bei vielen zionistischen Kräften auf heftige Ablehnung, da sie ihrer expansionistischen Konzeption widersprach. Demgegenüber wurde sie von der jüdischen Agentur, die bestrebt war, diese Gelegenheit auszunützen, akzeptiert. Gleichzeitig besetzten israelische Truppen weite arabische Gebiete, die ihnen nach der Teilungsresolution nicht zukamen.

Dieselbe Taktik wandte Israel 1956 und 1967 an. Durch Krieg, Okkupation, Vertreibung, Landraub und Schaffung von Tatsachen in bestimmten Zeiträumen versuchte es, die Errichtung eines vom Nil bis zum Euphrat reichenden Groß-Israel schrittweise dem Endziel näherzubringen. Konform damit läuft die Gründung israelischer Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten, den Golan-Höhen, am Ostufer des Jordan, in Jerusalem, im Gazastreifen und in der Sinai-Wüste, deren Zahl sich bis jetzt auf ca. 37 beläuft - alles unter dem Vorwand, daß die PLO Israel vernichten wolle. Israel praktiziert fortgesetzt diese Methoden und bedroht damit die Existenz des palästinensischen Volkes. Israel hat das palästinensische Volk in Flüchtlingslager vertrieben und begründet alle seine unmenschlichen Maßnahmen mit angeblichen Sicherheitsbedürfnissen.

Diese Politik verstößt gegen die fundamentalen Völkerrechtsprinzipien, gegen die UNO-Charta und gegen die Beschlüsse der Vereinten Nationen sowie gegen die allgemeine Menschenrechtsdeklaration und die Genfer Konvention. Diese Politik bildet eine ernste Gefahr für den Frieden im Nahen Osten.

Ich appelliere an alle Menschen in Westeuropa, die israelischen Praktiken in der Behandlung des palästinensischen Volkes zu verurteilen, denn man kann nicht einerseits die an den Juden begangenen Verbrechen verurteilen und andererseits das am palästinensischen Volk begangene Unrecht gutheißen.

Ein palästinensischer Student

prinzipielles Einverständnis mit der Sinai-Kampagne und ihren Zielen. Am Abend des 29. Oktober 1956 werden unsere Truppen zum Angriff übergehen. Sie sollen die Okkupation der Halbinsel Sinai innerhalb von 7 bis 10 Tagen abgeschlossen haben."⁴⁵⁾

Am 29. Oktober 1956 fiel Israel in Ägypten ein und gab somit das Signal zum Beginn der Suez-Aggression, an der sich auch Frankreich und England beteiligten. Den Kriegen 1956 und 1967 lag dasselbe Hauptmotiv wie 1948 zugrunde: Die Realisierung der zionistischen Expansion in Palästina durch die Besetzung arabischer Gebiete und die Vertreibung ihrer Bewohner betraf in den beiden letzten Kriegen Jordanien, Syrien und Ägypten. Bereits im Jahre 1966 begannen aggressive israelische und amerikanische Kreise mit den Verbreitungen der Juni-Aggression von 1967. Die USA ließen Israel umfangreiche Waffenlieferungen zukommen, darunter modernste Patton-Panzer und Hawk-Raketen. Ende 1966 verkündete der israelische Premierminister die Erhöhung der Wehrdienstpflicht von 26 auf 30 Monate für die wehrpflichtige männliche Bevölkerung, und das Militärbudget wurde von 271 Millionen Dollar im Haushaltsjahr 1965/66 auf 447 Millionen Dollar im folgenden Jahr erhöht. Einige Tage vor Beginn der Aggression im Juni 1967 bildete Ministerpräsident Eshkol eine Koalitionsregierung, der die Kriegsverbrecher Menachem Begin und Moshe Dayan angehörten.

Am Morgen des 5. Juni 1967 startete Israel seine Aggression gegen die arabischen Länder unter dem Vorwand eines Präventivkrieges zum Schutze der Juden und zur Wahrung des Friedens. Moshe Dayan beteuerte am selben Tag im israelischen Rundfunk: "Wir haben keine Eroberungs- und Unterwerfungsorganisation. Unser Ziel ist es, den Versuch der arabischen Staaten, in unser Land einzufallen, zu vereiteln und den aggressiven Belagerungsring, der um uns errichtet worden ist, zu zerbrechen und zu vernichten."⁴⁶⁾

Unmittelbar nach der Aggression, am 16. Juni 1967, erklärte Abar Eban: "Auch dann, wenn die UNO mit 121 gegen 1 gegen uns stimmen würde, werden wir uns nicht aus den besetzten Gebieten zurückziehen."⁴⁷⁾

Nunmehr gaben die israelischen Politiker ihre Behauptung, einen Präventivkrieg zum Schutze der Juden geführt zu haben, auf und vertraten vor der UNO und auf allen internationalen Foren offen expansionistische Absichten. Die Führer Israels und alle israelischen Parteien, ausgenommen die Jüdisch-Arabische Kommunistische Partei,

lehnten die Rückkehr zu den Grenzen von 1948 entschieden ab und unterstrichen die Notwendigkeit, die "befreiten Teile" der jüdischen Heimat, die "einbezogenen Teile des geschichtlichen Israels" zu behalten. Die Forderung des Zionismus, ein Groß-Israel zu errichten, begann in aufeinander aufbauenden Etappen der Gründung Israels in einem Teil Palästinas. Seit seiner Entstehung arbeitet dieser Staat an der Ausdehnung seiner Grenzen, gemäß den Plänen des Zionismus.

Die von der UNO angenommene Teilungsresolution stieß bei vielen zionistischen Kräften auf heftige Ablehnung, da sie ihrer expansionistischen Konzeption widersprach. Demgegenüber wurde sie von der jüdischen Agentur, die bestrebt war, diese Gelegenheit auszunützen, akzeptiert. Gleichzeitig besetzten israelische Truppen weite arabische Gebiete, die ihnen nach der Teilungsresolution nicht zukamen.

Dieselbe Taktik wandte Israel 1956 und 1967 an. Durch Krieg, Okkupation, Vertreibung, Landraub und Schaffung von Tatsachen in bestimmten Zeiträumen versuchte es, die Errichtung eines vom Nil bis zum Euphrat reichenden Groß-Israel schrittweise dem Endziel näherzubringen. Konform damit läuft die Gründung israelischer Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten, den Golan-Höhen, am Ostufer des Jordan, in Jerusalem, im Gazastreifen und in der Sinai-Wüste, deren Zahl sich bis jetzt auf ca. 37 beläuft - alles unter dem Vorwand, daß die PLO Israel vernichten wolle. Israel praktiziert fortgesetzt diese Methoden und bedroht damit die Existenz des palästinensischen Volkes. Israel hat das palästinensische Volk in Flüchtlingslager vertrieben und begründet alle seine unmenschlichen Maßnahmen mit angeblichen Sicherheitsbedürfnissen.

Diese Politik verstößt gegen die fundamentalen Völkerrechtsprinzipien, gegen die UNO-Charta und gegen die Beschlüsse der Vereinten Nationen sowie gegen die allgemeine Menschenrechtsdeklaration und die Genfer Konvention. Diese Politik bildet eine ernste Gefahr für den Frieden im Nahen Osten.

Ich appelliere an alle Menschen in Westeuropa, die israelischen Praktiken in der Behandlung des palästinensischen Volkes zu verurteilen, denn man kann nicht einerseits die an den Juden begangenen Verbrechen verurteilen und andererseits das am palästinensischen Volk begangene Unrecht gutheißen.

Ein palästinensischer Student

Fußnoten:

- 15) Palästina (Zeitschrift), Bd. 5, Nr. 20; vgl. auch Kayali, a.a.O., S. 54
- 16) RAZZUG, A.: Groß-Israel, S. 404
- 18) RAZZUG, A.: Groß-Israel, S. 486
- 19) SCHACHIMANN, J.: Rebel and Statesman. The Jabotinsky Story. The Early Years. S. 149, zit. nach: Razzug, Groß-Israel, S. 497
- 20) RAZZUG, A.: Groß-Israel, S. 496
- 21) The Jewish Standard, London, 24. 8. 1945
- 22) Ebenda, 8. 2. 1946
- 23) Ebenda, Irgun and Partition, 3. 8. 1947
- 24) Palästina, 23. 6. 1917
- 25) Ebenda, Juni 1918, zit. nach: Kayali, a.a.O., S. 57
- 26) RAZZUG, A.: Groß-Israel, S. 403
- 27) KAYALI, a.a.O., S. 60
- 28) LASKY, Moses: Between Truth and Repose, San Francisco 1956, S. 41, zit. nach: Razzug, Groß-Israel, S. 565
- 29) LASKY, M., a.a.O., S. 49, zit. nach: Razzug, Groß-Israel, S. 566
- 30) Ebenda, S. 48, zit. nach: Razzug, Groß-Israel, S. 566 f.
- 31) Jerusalem Post v. 3. 3. 1970
- 34) Ebenda, v. 7. 1. 1972
- 35) Al-Baath, Damaskus, v. 24. 12. 1968, S. 3
- 36) Ebenda
- 37) Israel - eine ökonomische, militärische und politische Gefahr, Dar El-Elm lil Malayin, Beirut, S. 31
- 38) Al-Baath, Nr. 1771, v. 24. 12. 1968, S. 3
- 39) Israel - eine ökonomische, militärische und politische Gefahr, a.a.O.; vgl. auch Kayali: Die zionistischen Expansionsabsichten, S. 72
- 40) Jerusalem Post v. 10. 7. 1952; vgl. Kayali, a.a.O., S. 118
- 41) Al-Baath v. 24. 12. 1968
- 42) Israel Government Yearbook, 1952, Jerusalem, S. 15
- 43) Aba EBAN: Reality and Vision in the Middle East. Foreign Affairs, Juli 1965, Vol. 43, No. 4, S. 630
- 44) Al-Baath, 24. 12. 1968, S. 3
- 45) Moshe DAYAN: Sinai-Kriegstagebuch, zit. nach: Al-Baath, 24. 12. 1968
- 46) RAZZUG, A.: Groß-Israel, S. 624
- 47) AL-KELANI: Die israelische ...

ARBEITSGRUPPE ZWEITE DIPLOMPRÜFUNG

Eine Anzahl von Studenten, die heuer oder im nächsten Jahr zur 2. Diplomprüfung antreten werden, versuchen sich gemeinsam ein wenig Überblick zu verschaffen. Den Prüfern werden folgende Fragen gestellt:

1. Wie erfährt man die Prüfungskommission möglichst früh?
2. Literatur: a) Prüfungsliteratur?
b) Vorbereitungsliteratur?
3. Für welchen Termin gilt welche Literatur? Welche Literatur wechselt, welche bleibt gleich?
4. Prüfungsschema (welche Fächer sind möglich?)
 - a) Hausarbeit oder Klausur?
 - b) Literatur verwenden bei Klausur?
 - c) Benotungssysteme?
5. System der Kommissionszusammenstellung?

Weigel, Van der Bellen, Winckler wurden bereits gefragt. Die andern folgen.

Nach Abschluß der Befragungen werden wir eine Broschüre mit den gesammelten Informationen herausbringen.

Wer sich noch an der Arbeitsgruppe beteiligen will:

nächster Treff: Montag, 9. 3. 16 Uhr auf der Fachschaft
die folgenden werden durch Plakate angekündigt.

EINIGE ANKÜNDIGUNGEN:

Bekanntlich trifft sich der Rote Börsenkrach jeden Dienstag um 20 Uhr im Hinterzimmer des Cafe Votiv.

Nicht bekannt dürfte sein, daß uns am 17. 3. um 20 Uhr im Votiv die liebe Tamara sagen wird, warum wir eigentlich Ökonomie studieren. Das ganze ist das Ergebnis einer Untersuchung zum Wagner-Seminar vom letzten Sommersemester. Während Wagner die ganze Zeit versuchte Tips und Anregungen für's Bearbeiten ökonomischer Texte zu geben, vorausgesetzt man ist bereits motiviert dazu und interessiert sich für Ökonomie, suchten die Studenten eigentlich immer nur nach einer Motivation für's Ökonomiestudium.

Am 24. 3., wieder um 20 Uhr im Votiv, gibt's dann eine Diskussion mit dem Ernstl Fehr über Selbstverwaltungsmodelle

(über einen Markt) als Zielvorstellung einer sozialistischen Gesellschaftsreform. Fehr wird sich im wesentlichen an ein Manuskript von W. Vogt halten, der glaubt über eine liberalistische Vorstellung zu einem sozialistischen Gesellschaftsmodell zu gelangen. Es wird sicherlich zu heftigen Diskussionen kommen.

Der für Di. 10. 3. um 12 Uhr angesetzte Vortrag von Mickel im HS 24 und sein Auftritt im Motiv entfällt leider. Der neue Termin wird noch bekannt gegeben.

GEMEINSAMES SEMINAR: GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGEST. LITEN - RBK
Am 30./31. 5. in Velm im Burgenland

Thema: Gewerkschaftliche Strategien zur Rationalisierung im Angestelltenbereich

An 3 Halbtagen werden 3 Themen besprochen :

1. Ökonomische Ursachen und Auswirkung von Rationalisierungen im Angestelltenbereich (Klaus, 93 19 652)
2. Veränderung der Arbeitsbedingungen durch Rationalisierung im Angestelltenbereich (Claudia, 93 19 652)
3. Gewerkschaftliche Strategien zu Rationalisierungen im Angestelltenbereich (Willi, 93 02 28)

Wer daran teilnehmen will oder ein Interesse an den Themen hat, erhält in der Fachschaft nähere Auskünfte. Oder : wendet euch direkt an Klaus, Claudia oder Willi.

GESUNDE GESCHÄFTE

ist der Titel eines Buches von K.Langbein, H.P! Martin, L. Weiss, Roland Werner über die Praktiken der Pharma-Industrie. Ein erschreckendes Beispiel skrupelloser Marketingstrategien. Speziell unseren Freunden Von der BWL empfiehlt sich die Lektüre dieser Recherchen. Weiss arbeitete ein Jahr lang als Pharmavertreter bei Sandoz und Bayer, Martin ließ sich bei der Schering Corporation Aesca ausbilden, Werner ist noch leitender Angestellter eines Pharma-Multis und schreibt natürlich unter diesem Pseudonym. Die Autoren können zumindest 437 österreichischen Ärzten nachweisen, daß sie in den letzten Jahren von Aesca, Bayer und Sandoz über 5,6 Mio. S an direkten oder indirekten Zuweisungen erhalten haben, daß Forschungsergebnisse manipuliert werden, daß Medikamente in unterschiedlichen Ländern unterschiedlich dosiert und teuer sind, daß Patienten skrupellos als Versuchskaninchen mißbraucht werden, daß Marketingüberlegungen viel wichtiger sind als medizinische etc. Also unbedingt kaufen!!